



Hans-Peter Mayer MdEP



## Straßburg Aktuell

Nr. 5 - Plenarwoche 23.-26. September 2002

Informationen Ihres Europaabgeordneten  
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED

### I. Allgemeine Informationen

Die **offene Koordinierungsmethode** (OKM) wurde auf dem Europäischen Rat (ER) von Feira im März 2000 als neues Instrument europäischer Politikgestaltung vereinbart. Dabei legen die im ER versammelten Staats- und Regierungschefs gemeinsame Ziele, Leitlinien und Fahrpläne für Politikbereiche wie Bildung, Beschäftigung und Migration fest, die in die nationale und regionale Politik umgesetzt werden sollen. Die europäischen Verträge sehen bereits unterschiedliche Formen der offenen Koordinierung im Bereich Fiskalpolitik (Stabilitätspakt) oder der Regierungszusammenarbeit in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Justiz- und Innenpolitik vor. Völlig entgegengesetzt dazu ist die **Gemeinschaftsmethode**: Sie ist gekennzeichnet durch das Gesetzesvorschlagsmonopol der Kommission. Das Parlament ist im Rahmen der Mitentscheidung Gesetzgeber gemeinsam mit dem Ministerrat. Gleichzeitig obliegt dem Europäischen Gerichtshof die Kontrolle und Auslegung des Gemeinschaftsrechts. Die Gemeinschaftsmethode gewährleistet ein transparentes, effizientes und demokratisches Funktionieren der EU. Die offene Koordinierungsmethode hingegen birgt die Gefahr der Umgehung von Gemeinschaftskompetenzen und des schleichenden Kompetenztransfers durch die mögliche Ausweitung auf alle Politikbereiche. Die OKM darf nach meiner Ansicht nicht ausgeweitet und nicht in Anspruch genommen werden, wenn die Gesetzgebung im Rahmen der Gemeinschaftsmethode möglich ist.

### II. Das Europäische Parlament hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

#### 1. Gemeinsame Asylpolitik: EVP lehnt "Offene Koordinierungsmethode" ab

Knapp wurde im Plenum die Einführung der offenen Koordinierung bei der Gemeinsamen Asylpolitik im Plenum abgelehnt. Die Abgeordneten der Europäischen Volkspartei (EVP) wandten sich mit ihrer Ablehnung nicht gegen das notwendige Ziel einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik. Hauptgrund für das Nein war die Befürchtung, die offene Koordinierung laufe auf eine Regierungszusammenarbeit ohne parlamentarische Kontrolle hinaus. Außerdem stimmten die EVP-Abgeordneten für die routinemäßige Anwendung eines beschleunigten Asylverfahrens. Der Vorwurf des sozialistischen Berichterstatters, man behindere damit den Kampf gegen den Mißbrauch des Asylsystems durch Terroristen, ist haltlos. Das Bestreben der EVP ist die vollständige Überführung der Asylpolitik in die Mitentscheidung und somit eine vollständige parlamentarische Kontrolle.

## **2. Erschöpfung der Rechte aus Marken**

Im vergangenen Jahr beschloß das Plenum meinen Bericht zur Frage ob ein Markenartikelhersteller den Import seiner Markenware von außerhalb der EU durch einen Händler verhindern kann. Die geltende Rechtslage erlaubt dies, da sich das Kontrollrecht des Herstellers über den Vertrieb seiner Produkte nur mit dem erstmaligen Inverkehrbringen innerhalb der EU erschöpft. Das nennt man gemeinschaftsweite Erschöpfung. Diese erlaubt dem Hersteller, einen teureren Preis innerhalb der EU und einen günstigeren außerhalb zu machen. Die Folge ist eine Benachteiligung des Verbrauchers, der nicht von der preislich günstigeren Importware profitieren kann. Mein Bericht forderte die Kommission zu einer dezidierten Stellungnahme bis zum Ende des Jahres auf. Um der Sache Nachdruck zu verleihen, stellte ich im Namen der EVP eine mündliche Anfrage zum Sachstand.

## **3. Feier zum 50. Jahrestag des Europäischen Parlaments**

Der Präsident des Parlaments Pat Cox erinnerte in einer Ansprache an die erste Sitzung der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vor 50 Jahren. Am 10. September 1952 begrüßte Jean Monet als Präsident der EGKS die erste europäische Versammlung mit Beschlußfassungsbefugnis. Nach Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft konstituierte sich 1958 die "Europäische Parlamentarische Versammlung", die sich ab 1962 "Europäisches Parlament" nannte. Erstmals 1979 wurden die Abgeordneten des Parlaments direkt gewählt. Cox würdigte die Errungenschaften der Pioniere der Nachkriegszeit für die Friedenssicherung in Europa. Die nächste Aufgabe sei die historische Osterweiterung.

## **4. Speisereste dürfen weiter verfüttert werden**

Bei der Verfütterung tierischer Nebenprodukte dürfen zukünftig nur solche tierischen Nebenprodukte in Futtermitteln, Kosmetika und Arzneien verwendet werden, die auch für den menschlichen Verzehr zugelassen sind. Nach Beschluß des EP bleibt die Verfütterung von Speiseresten weiterhin erlaubt, sofern deren Rückverfolgbarkeit und Kontrolle gewährleistet sowie eine strenge Trennung für den menschlichen Verzehr geeigneter von ungeeigneten Nebenprodukten gewährleistet ist. Bis 2006 gelten Übergangsbestimmungen, damit die Unternehmen sich den neuen Anforderungen anpassen können.

## **5. Vorsorge bei Handel mit Gentechnisch Veränderten Organismen**

Das Parlament befürwortet die Schaffung eines EU-weiten Handlungsrahmens, um die grenzüberschreitende Verbringung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) besser zu regeln. Die Abgeordneten fordern, daß das Gemeinschaftsrecht sicherstellen müsse, daß das Vorsorgeprinzip Schutz vor dem Handel mit GVO gewährleisten muß. Insgesamt müsse der Vorschlag dem Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit angepaßt werden.

## **6. Weitere Themen waren unter anderem:**

- **Aussprache über die Lage im Mercosur, der Gemeinschaft der südamerikanischen Staaten**
- **Mindestregeln für die Entschädigung für Opfer von Straftaten**
- **Ergebnisse des Klimagipfels von Johannesburg**

---

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter: [www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm) oder [www.europarl.eu.int/plenary/default\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm). Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.

---

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

**Europabüro**, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/92 29 29, Fax: 044 41/92 29 30, E-Mail: [europa-mayer@t-online.de](mailto:europa-mayer@t-online.de)

**Europäisches Parlament**, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: [hmayer@europarl.eu.int](mailto:hmayer@europarl.eu.int)